



„Rethinking Security“ im Vereinigten Königreich

Von Joanna Frew

Großbritannien macht gerade eine äußerst unsichere Zeit durch. Mit den kürzlichen und häufigen Veränderungen in der Regierung, der Krise der Energie- und Lebenshaltungskosten, einer Rückkehr zu Einschränkungen, einem großen Krieg in Europa, den Auswirkungen des Brexits und einem National Health Service, der sich auf den Knien befindet, jetzt wo wir aus der Covid Pandemie herauskommen, nicht zu vergessen ist auch der Klimawandel – es ist keine tolle Zeit für das Land.

Regierungen, speziell jene des Vereinigten Königreichs, nennen die Sicherheit des Staates oft als ihre bedeutendste Aufgabe, aber wenn die Menschen eines Staats in ihrem Alltag nicht sicher leben und aufblühen können, ist diese Sicherheit dann aufrecht? Menschliche Sicherheit zu erreichen muss auch als Verpflichtung gesehen werden.

Natürlich müssen uns Regierungen vor Bedrohungen von außen schützen, aber man muss auch die Frage stellen, ob uns der derzeitige Ansatz auch in dieser Hinsicht im Stich lässt. „Rethinking Security“ glaubt, dass er das getan hat und weiterhin tut. Wenn man als Beispiel den Krieg in Afghanistan nimmt, dann brachten uns 20 Jahre der Besatzung durch die USA und das Vereinigte Königreich keine nachhaltige Sicherheit in Afghanistan und auch nicht in internationalen Beziehungen. Das immer gleiche unbegrenzte Bekenntnis zu militärischen Antworten auf Bedrohungen führt nicht zu einer sichereren und friedlicheren Situation in der Ukraine.

Wir bei Rethinking Security setzen unsere Hoffnungen in Möglichkeiten diese alten Herangehensweisen an Sicherheit – militärische „Sicherheit“ und die Macht der Bestrafung –, die so lange die Basis für so

viele politische Entscheidungen in Großbritannien waren, herauszufordern und zu verändern.

Die Definition von Sicherheit laut der Regierung des Vereinigten Königreichs

Im Integrated Review of Defence, Security, Development and Foreign Policy (2021) definierte die Regierung des Vereinigten Königreichs Sicherheit erst kürzlich als „den Schutz unserer Bürger:innen, von Territorium, kritischer nationaler Infrastruktur, demokratischen Institutionen und Lebensweise“. Sicherheit wird als eines von drei „Interessen der britischen Bevölkerung“ beschrieben, neben ihrer Souveränität (demokratische und individuelle Rechte und Freiheiten) und ihrem Wohlstand (wirtschaftliches und soziales Wohl). Die Rolle der Regierung ist es, diese Interessen zu schützen und zu fördern.⁽¹⁾

(1) HM Government, Global Britain in a Competitive Age: The Integrated Review of Defence, Security, Development and Foreign Policy, March 2021. < <https://www.gov.uk/government/publications/global-britain-in-a-competitive-age-the-integrated-review-of-security-defence-development-and-foreign-policy> >



RETHINKING SECURITY

Der Haupttitel der Publikation, *Global Britain in a Competitive Age* (dt: Das Globale Großbritannien in einem konkurrierenden Zeitalter), gibt einen Hinweis auf die Perspektive der Regierung. Die unmittelbaren Folgerungen dieses Papiers waren die Kürzung internationaler Hilfen, der Ausbau des britischen Atomwaffenarsenals, eine Verpflichtung China im asiatischen Pazifik zu konfrontieren und ein Versprechen höhere Investitionen in militärische Wissenschaft und Technologie zu tätigen. Jedoch gilt es diese Prioritäten im Lichte der russischen Invasion der Ukraine neu zu betrachten. Es wird debattiert die Militärausgaben weiter zu erhöhen.

Wir sehen auch eine Rehabilitierung des Krieges, während sich die USA und UK „vom Internationalen Recht zurückziehen.“⁽²⁾ Verteidigungsminister:innen sprechen von einer „Ära des anhaltenden Wettbewerbs“, in der es notwendig sein wird, in einer „Grauzone“ zu operieren: Nicht Krieg, aber ganz gewiss auch kein Frieden.

Darüber hinaus ist das oben genannte Konzept von „Sicherheit“ in alle Ebenen der Gesellschaft durchgesickert. Innerstaatliche „Sicherheits“-Strategien für Polizei und Terrorismusbekämpfung werden immer drakonischer. Der neue Policing Act (2022) zum Beispiel beschneidet das Recht auf Protest und kriminalisiert Nomadentum, was die Leben von Sinti, Roma und Fahrennden Völkern verunmöglicht. „Prevent“, die Anti-Terror-Initiative, macht es zur Pflicht von Lehrer:innen, Angestellten im Gesundheitsbereich und anderen Staatsangestellten, Hinweise auf Radikalisie-

rung zu erkennen und zu melden, noch *bevor* sich jemand dem Extremismus zuwendet.⁽³⁾ Das hat in manchen Gemeinschaften dazu geführt, dass sich die Menschen ständig überwacht fühlen, und hat Beziehungen und Vertrauen zwischen z.B. Ärzt:innen und Patient:innen, Studierenden und Lehrenden, zerstört.⁽⁴⁾ Ein neues Gesetz zur Energiesicherheit priorisiert die Sicherheit der Versorgung anstatt eines langfristigen Kohleausstiegs. Die Regierung spricht von „Ernährungssicherheit“, wenn sie von der Widerstandsfähigkeit von Versorgungsketten spricht statt von ökologischer Nachhaltigkeit. Und das Verteidigungsministerium will eine prominente Rolle bei der „Klimasicherheit“ einnehmen. Selbst die Regierungsabteilung für öffentliche Gesundheit ist jetzt die „Health Security Agency“.

Wie definiert „Rethinking Security“ Sicherheit?

Sicherheit ist, natürlich, die Abwesenheit von Bedrohung und Gefahr – manchmal als „Freiheit von Angst“ beschrieben –, aber das kann auf verschiedene Arten interpretiert werden. Auf der einen Seite können Bedrohungen im Zaum gehalten oder unterdrückt werden. Auf der anderen Seite können zugrundeliegende Auslöser der Unsicherheit erkannt und adressiert werden. „Rethinking Security“ glaubt, dass die zweite Herangehensweise nachhaltigen Frieden und Sicherheit schafft und dass allen – beginnend bei Regierungen und internationalen Institutionen bis zu lokalen Gemeinschaften und Individuen – eine Rolle bei der Entwicklung dieser Sicherheit zukommt.

Diese zugrundeliegenden Auslöser der Unsicherheit beinhalten den Klimawandel und Ressourcenknappheit, Ungleichheit, Militarismus und gewaltsame Konflikte. Unser Gründungspapier legt dar, warum diese Herausforderungen ein Schlüsselfaktor zu globalem Frieden und Sicherheit, auch im Vereinigten Königreich, sind.

• Mangel und Klimawandel

Der Abbau natürlicher Ressourcen der Erde befeuert bereits Spannungen, untermauert gewaltsame Konflikte und führt zur Vertreibung von immer mehr Menschen. Es wird vorhergesagt, dass die Auswirkungen des sich verändernden Klimas auf wesentliche Ressourcen, landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit, Meeresspiegel und Überschwemmungen zu weit verbreitetem Mangel, Massenmigration und Konflikten führt. Um genau zu sein, ist dies an vielen Orten bereits der Fall. Die UNO meint, dass durch den Klimawandel vertriebene Menschen „die globale Solidarität auf Arten und Weisen herausfordern werden, die sich radikal von allem bisher Erlebten unterscheiden.“⁽⁵⁾

• Ungleichheit

Der halbe Reichtum der Welt wird nun von 1% der Bevölkerung genossen, während zwei Milliarden Menschen mit dem Äquivalent von \$2 oder weniger am Tag ein Auskommen finden müssen. Die Ungerechtigkeit der wachsenden Ungleichheit nährt mehrere gewaltsame Konflikte weltweit. Sie hat zum Beispiel auch zu den humanitären und politischen Krisen, verursacht durch die Invasion des Iraks im Jahr

(2) Richard Reeve. *The Infinite Review: Global Britain and its Competitive Priorities*. March 2021. <https://rethinkingsecurity.org.uk/2021/03/19/global-britain-and-its-competitive-priorities/>

(3) Joanna Frew. *Britannia Unglued: Elitism, Inequality and Abandonment in the UK*. August 2022. <https://rethinkingsecurity.org.uk/2022/08/18/britannia-unglued-elitism-inequality-and-abandonment-in-uk-security-policy/>

(4) Medact. *False Positives: The Prevent counter-extremism policy in healthcare*. 2020. <https://www.medact.org/2020/resources/reports/false-positives-the-prevent-counter-extremism-policy-in-healthcare/>

(5) *Rethinking Security: A Discussion Paper*. 2016. <https://rethinkingsecurity.org.uk/find-out-more/rethinking-security-paper/>



2003, beigetragen, die den Aufstieg von ISIS ermöglichten, bzw. zu jenen, die zu Guerillakämpfen von Südamerika bis Südasien führten.

• **Militarismus**

Die mächtigsten Staaten der Welt sind unter jenen, die eine militaristische Sichtweise normalisiert haben, die weniger versucht Land und Leute zu verteidigen, als Macht zu projizieren und Einfluss zu erzwingen. Diese Staaten haben die größten Militärausgaben weltweit und sind Waffenexporteure; sie zeigen keine Anzeichen zur Reduzierung, geschweige denn zum Verzicht, auf Atomwaffen. Und sie haben einige der verheerendsten Kriege dieses Jahrhunderts initiiert und dafür regelmäßig Internationales Recht gebeugt oder ignoriert.

• **Gewaltsame Konflikte**

Gewaltsame Konflikte selbst sind ein Symptom wie auch ein Antrieb

der Unsicherheit. Zu einem gewaltsamen Konflikt kommt es eher, wenn weitere Unsicherheiten vorliegen, wie zum Beispiel Konkurrenz um Land oder Ressourcen, oder zwischen verschiedenen Gruppen oder Staaten. Wenn westliche Staaten in gewaltsame Konflikte eingreifen, so waren ihre bevorzugten Mittel meist Zwangsmittel. Gewaltsame Konflikte und nötigende Interventionen befördern die menschliche Unsicherheit. Im Gegensatz dazu erhalten Ansätze der „Konflikttransformation“, die die lokale Bevölkerung unterstützen um den Konflikt zu transformieren und gerechte und inklusive Einigungen zu erzielen, immer noch wenig Unterstützung.

**Die Alternative:
Menschliche Sicherheit**

Die oben genannten Triebkräfte der Unsicherheit beeinflussen alle Bereiche, die von der UNO als Teil der

menschlichen Sicherheit skizziert werden. Menschliche Sicherheit ist mehr als die Abwesenheit von Bedrohung oder Gefahr – die Freiheit von Angst –, sie ist auch charakterisiert als die Freiheit von Entbehrung und die Freiheit in Würde zu leben. Das heißt, wir sollten keine Angst um unsere persönliche, gemeinschaftliche oder politische Sicherheit haben und in einer sicheren physischen Umgebung und in sicherem ökonomischen Wohl leben und Zugang zu Ernährung und medizinischer Versorgung haben.

Im Vereinigten Königreich sehen wir keine Gewalt bei Wahlen, und wir haben Gesetze, um die Sicherheit der „Geschützten Eigenschaften“ der Menschen, wie Religion, Ethnie, Behinderungen, Sexualität und Gender, zu schützen. Dennoch ist unsere politische Kultur sehr elitär und ausgrenzend und die gemachte Politik reflektiert die Interessen der Eliten. Darum erleben wir



Im September fand auf Einadung des Internationalen Versöhnungsbundes - österreichischer Zweig ein Arbeitstreffen zum Thema „Frieden ist möglich - aber sicher!“ in Salzburg statt.

Für ein Brainstorming zum Thema „Was kann ein speziell österreichischer Beitrag im Bereich Sicherheit neu denken sein?“ wurden nicht nur Vertreter:innen österreichischer Organisationen, sondern auch internationale Gäste eingeladen, die Ansätze aus ihren Ländern vorstellten.

1. Reihe, zweite v.l. **Joanna Frew**



Kofinanziert von der Europäischen Union

Von der Europäischen Union kofinanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen des Autors bzw. der Autoren und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können dafür verantwortlich gemacht werden.



RETHINKING SECURITY

steigende ökonomische Ungleichheit, ein zerbröckelndes Gesundheitssystem, strukturellen Rassismus und die Rechte von Asylsuchenden werden immer mehr missachtet. Darüber hinaus gibt es wenig Bemühungen um „Netto-Null“ zu erreichen oder sich auch nur dem Klimawandel anzupassen.

Zu diesem Schluss kam 2018 auch Philip Alston, Sonderberichterstatter der UNO zu extremer Armut und Menschenrechten: „Das Fazit ist, dass viel von dem Klebstoff, der die britische Gesellschaft seit dem Zweiten Weltkrieg zusammengehalten hat, absichtlich entfernt wurde und durch ein harsches und gefühlloses Ethos ersetzt wurde.“ Dieses gefühllose Ethos hat die menschliche Sicherheit vieler untergraben, speziell jener, die bereits wirtschaftlich unsicher oder anderwärtig marginalisiert waren.

Wir bei Rethinking Security glauben, dass wirtschaftliche Sicherheit die Widerstandsfähigkeit gegenüber anderen Problemen der menschlichen Sicherheit beeinflusst, und dass jene, die mit Armut kämpfen, eher unter schlechter Gesundheit und fehlender persönlicher Sicherheit in Beziehungen und ihrer Gemeinschaft leiden. Darüber hinaus sind jene Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, am wenigsten gewappnet, wenn die Auswirkungen des Klimawandels sichtbar werden. Zum Beispiel sind Gemeindebauten oft am schlechtesten isoliert, was bedeutet, dass sie sowohl schwerer zu heizen als auch kühl zu halten sind.

Wie versucht Rethinking Security die Definitionen zu verändern?

Rethinking Security zielt darauf ab, den „Austausch zwischen Politik und Öffentlichkeit zu verbessern“. Das Vereinigte Königreich ist kein neutraler Staat, wie Österreich, und hat sich zu harter oder militärischer

„Sicherheit“ verpflichtet und dazu, seine Macht durch Zwangsausübung auf der Welt durchzusetzen. Es ist ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat und bei der NATO. Es hat die höchsten Ausgaben für militärisches Gerät in Europa und die vierthöchsten Ausgaben aller Länder der Welt. Dies bedeutet zwangsläufig, dass es nur wenig Interesse von Seiten des politischen Establishments (unabhängig davon, welche Partei an der Regierung ist) gibt, neue Lösungen für nationale und globale Unsicherheiten zu finden. Dennoch haben wir die Möglichkeit dieses Denken herauszufordern und alternative Politiken durch unsere Arbeitsgruppe für politisches Engagement vorzuschlagen.

Wir versuchen außerdem den öffentlichen Diskurs über Sicherheit zu verändern. Im Vereinigten Königreich gibt es nur einen engen Rahmen um „Sicherheits“-doktrinen anzusprechen und in Zeiten des Konflikts ist es keine populäre politische Position dem Militär gegenüber nicht unterstützend aufzutreten, was die Debatte schwierig macht. Also unterstützen wir einzelne Personen dabei, Diskussionen und Events zu einem anderen Sicherheitsbegriff abzuhalten.

Der Alternative Sicherheitsbericht

Um eine umfassende Alternative zur derzeitigen Sicherheitsstrategie der Regierung zu bieten, starteten wir 2021 den „Alternative Security Review“, eine von der Zivilgesell-

schaft getragene Veröffentlichung der Sicherheitsstrategie des Vereinigten Königreichs. Wir fragten Menschen im Land, was ihnen für ihre Sicherheit wichtig ist, und durch Unterhaltungen über mögliche Lösungen zu menschlicher und umwelttechnischer Sicherheit mit Expert:innen wird eine Menschliche Sicherheitsstrategie entwickelt, die

eine Alternative zum Versagen des derzeitigen Ansatzes „Nationale Sicherheit“ bietet. In Zusammenarbeit mit einem Forschungsteam werden wir zeigen, dass es andere Methoden zur Formulierung von Antworten auf Unsicherheit gibt. Die Menschliche Sicherheitsstrategie wird Inklusion, Gleichheit, Rechenschaft und das Wohl zu Hause, sowie eine Vision der geteilten globalen Sicherheit und eine Verpflichtung zur ökologischen Sicherheit unseres Planeten, priorisieren.

Viele Friedensaktivist:innen sind mutlos angesichts einer von ihnen wahrgenommenen Rückkehr zu Nationalismus, Krieg in Europa und der Wiederauferstehung militärischer Allianzen wie der NATO, in einer Zeit, wo Gier und Klimawandel eine Lebensbedrohung für uns alle darstellen. Das Verständnis von Sicherheit zu verändern ist unser Beitrag zu Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Joanna Frew arbeitet als Outreach Koordinatorin des „Rethinking Security“ Netzwerks in Großbritannien. Sie ist seit 20 Jahren Aktivistin und Forscherin im Bereich globale Wirtschaftsgerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und Antimilitarismus-Arbeit.

